

BLICKPUNKT.

FÜR BORNHEIM GEMEINSAM ERFOLGREICH

FRIEDEN, FREIHEIT, EUROPA

LIEBE LESERINNEN UND LESER UNSERES BLICKPUNKTES.

Die CDU in Bornheim wünscht Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches und friedvolles Osterfest.

Zunächst gilt unser Dank allen Bürgerinnen und Bürgern hier in Bornheim. Wieder einmal zeigt sich, hier wird geholfen. Entweder mit Geld, Sachspenden oder direkt mit einer Wohnungsaufnahme.

Was bedeuten heute noch soziale Gerechtigkeit und soziale Verantwortung in unserer Gesellschaft, die sich immer schneller zu wandeln scheint? Sind unser Frieden und unsere Freiheit auf dem Weg Gefahr zu laufen, dass sich diese wichtigen Werte auch hier in Europa dem Preisdruck entgegenstemmen müssen? Und wie lan-

ge halten sie dann dem Druck stand? Diese Belastungsgrenze kann nur jeder individuell für sich selbst erkennen, und vor allen Dingen bewerten. Aber eins ist klar: seit dem 24. Februar 2022 beginnt eine neue Zeitrechnung. Wichtig ist die Erkenntnis wie viele Menschen, egal welcher politischen Ausrichtung, nun zusammenstehen und für unsere Werte Frieden und Freiheit kämpfen. Hoffen wir, dass unsere ideellen Werte und finanziellen Mittel lange genug durchhalten. Noch sehen wir da hoffnungsvoll unserer Zukunft entgegen.

Gabriele Kretschmer und Lutz Wehrend



www.cdu-bornheim.de

JU BORNHEIM UNSERE STIMME ZÄHLT!

Wer an Kommunalpolitik denkt, der denkt meist an den Bürgermeister und den Stadtrat. Dabei gehört noch so viel mehr dazu: Alle Angelegenheiten durchlaufen in der Regel auch die Ausschüsse und Fraktionssitzungen, an denen nicht nur Ratsmitglieder, sondern darüber hinaus auch Sachkundige Bürger teilnehmen. Hier können sich die Fraktionen breiter aufstellen und insbesondere auch jüngeren Menschen die Mitarbeit ermöglichen.

So wurden die Ausschüsse personell seitens der CDU neu besetzt. Aus Reihen der Jungen Union haben nun fünf junge Bornheimer die Möglichkeit, als Fraktions- und Ausschussmitglieder aktiv an den kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein und ihre Heimat mitzugestalten. So sind wir nun zum Beispiel im Feuerwehrausschuss, im Ausschuss für Sport, Kultur und Ehrenamt oder im Ausschuss für Bürgerangelegenheiten vertreten.

Aber auch der Stadtverbandsvorstand wurde neu besetzt. So freut es uns, dass wir seit der letzten Vorstandswahl der CDU Bornheim mit Jan Niklas Kreutz den stellvertretenden Vorsitzenden, mit Jan Kluit-



mann den stellv. Geschäftsführer und mit Yannick Meuer einen Beisitzer stellen dürfen. Das ist ein starkes Zeichen und zeigt, dass die CDU Bornheim nicht nur jung will, sondern auch jung kann!

Dass die junge Generation in der Kommunalpolitik aktiv gefördert und einbezogen wird, ist bei weitem keine Selbstverständlichkeit – auch nicht in Bornheim. Wo andere noch starken Nachholbedarf haben, geht die CDU hier mit gutem Beispiel voran und bindet bereits früh Mitglieder aus der Jungen Union in die Arbeit ein.

Bei unserem letzten Treffen der JU Bornheim haben wir unsere Jahresplanung gemacht. Was machen wir während des Wahlkampfes? Welche Aktionen und Projekte möchten wir 2022 durchführen? Welche Anträge möchten wir in den Ausschüssen stellen? Du möchtest dich gemeinsam mit uns mit den Fragen beschäftigen? Dann werde Teil der JU Bornheim!



BORNHEIM

DIE ZEITENWENDE MUSS JETZT PRAKTISCHE POLITIK WERDEN

Der brutale Angriffskrieg, den Präsident Putin gegen die Ukraine führt, markiert ohne Zweifel eine Zeitenwende. Was noch vor wenigen Wochen unvorstellbar war, ist eingetreten: In Europa tobt ein Krieg, der zum Ziel hat, die politische Ordnung und die Sicherheitsarchitektur Europas zu verändern.

Zunächst geht es jetzt darum, alles zu tun, was uns möglich und politisch verantwortbar ist, um die Ukraine in ihrem mutigen und tapferen Kampf für die Verteidigung des eigenen Landes und damit für Frieden und Freiheit in Europa zu unterstützen. Wir haben die Möglichkeiten für wirtschaftliche Sanktionen noch nicht ausgeschöpft. Worauf warten wir? Wir dürfen als Europäer nicht weiter die Kriegskasse Putins mit 600 bis 800 Millionen Euro täglich für Öl und Gas füllen.

Und gleichzeitig stehen wir vor der historischen Aufgabe, die Zeitenwende zu realer Politik zu machen – und zwar innerhalb kürzester Zeit. Das betrifft unsere Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie die Energiepolitik.

Auf schreckliche Weise zeigt uns Präsident Putin in diesen Tagen, wie blauäugig wir in den letzten Jahrzehnten waren: Unsere Abhängigkeit von russischen Energielieferungen war uns ebenso bewusst wie die Tatsache, dass wir als Deutsche, aber auch als Europäer praktisch nichts für unsere eigene Sicherheit getan haben. Das rächt sich nun bitter.



Foto: Steffen Roth

Jetzt gibt es keinen anderen Weg als aufzuwachen und Verantwortung zu übernehmen – als Europäer, aber auch als Deutsche. Auf uns kommt es jetzt ganz entscheidend an. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen.

Die Wahrnehmung von Verantwortung hat ihren Preis. Aber ohne Sicherheit, ohne Wehrhaftigkeit und Resilienz sind unser Frieden, unsere Freiheit und unser Wohlstand gefährdet.

Das muss uns bei allen Entscheidungen, die jetzt zu treffen sind, bewusst sein.

*Herzliche Grüße
Ihr Norbert Röttgen*

CDU SETZT SICH FÜR DIE STÄRKUNG UND UNTERSTÜTZUNG DES EHRENAMTES EIN!

VON DR. HELMUT PREIß

Durch die Arbeit der Mitglieder des Ausschusses für Sport, Kultur und Ehrenamt sowie die gesamte CDU-Fraktion im Bornheimer Stadtrat konnten in den vergangenen Monaten einige wichtige Projekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht werden. Bereits zu Beginn der neuen Ratsperiode wurde auf Antrag der CDU im Ausschuss ein Flyer auf den Weg gebracht um die Ausschuss Mitglieder bei den Bornheimer Vereinen und ehrenamtlich aktiven Institutionen vorzustellen. Dadurch sollte erreicht werden, dass in Zeiten, in denen nur wenige Bürger persönlich an Ausschusssitzungen teilnehmen konnten, Kontakte zu Ansprechpartnern veröffentlicht werden konnten.

Für die ehrenamtlich tätigen Bornheimer Bürgerinnen und Bürger sicherlich sehr wichtig war die Schaffung der Stelle einer Ehrenamtskoordinatorin, die eine Schnittstelle zwischen den Ehrenamtlichen und der Verwaltung sein soll. Außerdem soll sie Ansprechpartnerin für Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine und Einrichtungen rund um das Ehrenamt sein.

Durch die Einrichtung einer Ehrenamtsmedaille sollen Menschen, die sich in besonderer Weise für das Ehrenamt engagiert haben, seitens der Stadt geehrt werden. Dadurch sollen sie eine Vorbildfunktion für alle Bürgerinnen und Bürger erhalten, um so auf die besondere Bedeutung des selbstlosen und unentgeltlichen Einsatzes hinzuweisen.

Die durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie betroffenen Karnevalsvereine und Tanzsportgruppen sollen durch die Bildung eines Runden Tisches sowie die Möglichkeit, das Brauchtum Karneval sowie sich selbst in Schulen und Kindertagesstätten vorzustellen, unterstützt werden. Dabei soll den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlicht werden, dass dieses Brauchtum nur fortgeführt werden kann, wenn alle Teile der Gesellschaft sich aktiv daran beteiligen.

Wir werden uns auch in den nächsten Monaten neben den Anliegen der Sportvereine und der Kulturschaffenden für die Interessen ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger einsetzen.



Foto: Helmut Ehl Fotodaten

ENERGIE UND VERTRAUEN FÜR UNSEREN FESTEN ZUSAMMENHALT

VON OLIVER KRAUß

Die Landtagswahl am 15. Mai 2022 entscheidet über die Qualität unseres künftigen Zusammenlebens in Nordrhein-Westfalen. Die SPD macht keinen Hehl daraus, zum sozialdemokratischen Standard zurückkehren zu wollen: „Sozialpolitik“, die alten Ansprüchen immer nur neue hinzufügt, Verantwortung von Haftung trennt, eine ausgesuchte Klientel bedient. Gebühren und Beiträge sollen „abgeschafft“ werden. Die Ausgabenlast wird von der Aufgabenlast gelöst. Wer eben noch stolz war, etwas erarbeitet zu haben, wird erst Empfänger, dann Bittsteller.

Solche Politik sieht es nicht als ihre Aufgabe an, ein möglichst eigenständiges Zusammenleben zu fördern. Sie verstört soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft. Ihre Schuldenlast tragen die kommenden Generationen. Solche Politik setzt auf Einzelinteressen und erstickt das Bewusstsein von einer Verantwortungsgemeinschaft, deren Reichtum in den Köpfen, Händen und Stimmen ihrer Mitglieder liegt.

Als CDU haben wir vor der Landtagswahl im Jahr 2017 versprochen, Vertrauen zurückzugeben, aus den Schulden zu befreien, die Umkehr zu einer realistischen Politik zu vollziehen. Mit dem Regierungswechsel wurde die ideologische Anmaßung beendet, alles besser zu wissen und staatlich lösen zu können. „Kommunal-Soli“, geringstes Wirtschaftswachstum in Westdeutschland, höchste Kriminalitätsraten, schlechte Bildungschancen oder das größte Stauaufkommen aller Bundesländer: Schritt für Schritt haben wir uns daraus gelöst.

NRW ist heute so sicher wie zuletzt vor 40 Jahren. Sicherheit und Freiheit bedingen einander: Nur wer keine Angst haben muss, kann frei und selbstbestimmt handeln. Die Einstellungszahlen bei der Polizei sind maximal erhöht worden. Es gibt keine Toleranz für Extremisten, Clans und Terroristen. Alleine aber können es unsere Einsatzkräfte nicht schaffen. Ohne eine soziale Kultur gegenseitiger Verantwortung wachen sie oft vergebens, kommt Hilfe oft zu spät.

Bei der Unwetterkatastrophe Mitte Juli 2021 ist das deutlich geworden. In Walberberg war es eine großartige Gemeinschaftsleistung, dass am Schwadorfer Kreuz gerettet wurde, was zu retten war: von der Freiwilligen Feuerwehr und den Vielen, die zur Hilfe geeilt sind. Das eigene Anwesen unter Wasser, sind Bornheimer Landwirte da eingesprungen, wo Kräfte am Ende waren. Keine staatliche Reparaturleistung kann die Solidarität aus Bornheim ersetzen: das Waschen und Bügeln zwischen Rhein und Vorgebirge, Pfandspendenaktion und Leergutsammlung, das Mit-Anpacken in Trümmern und Schlamm.

Ausgerechnet die, die unsere Gemeinschaft in Hochwasserkatastrophe und Pandemie besonders zusammengehalten haben, trifft die harte Kritik derer, die so tun, als hätten sie den sozialen und ökologischen Kompass gepachtet. „Das Land lässt die Flutbetroffenen im Stich“, wird (vor-)schnell ein Urteil gefällt. Und dennoch wollen die Kritiker die gelungenen Wiederaufbauleistungen politisch für sich reklamieren.

Jeder Euro, der dem Land anvertraut wird, verdient Rechenschaft

Die NRW-Koalition hat trotz unvorhersehbarer Herausforderungen den Landeshaushalt konsolidiert. In der gesamten Legislaturperiode sind im Kernhaushalt keine neuen Schulden mehr gemacht worden. Mehr als 600 Millionen Euro wurden getilgt. Neue Zukunftsrücklagen und Überschüsse haben NRW in der Krise widerstandsfähiger gemacht. **Der Landeshaushalt 2022 stellt für Zukunftsinvestitionen** mehr Geld zur Verfügung als jeder Haushalt zuvor.

Gute Erreichbarkeit ist wesentlich für Arbeit, Wirtschaft, menschliche Freiheit und Teilhabe. Mit Rekordniveau im Verkehrshaushalt wird der jahrelange Bau- und Sanierungsstau abgearbeitet. In Bornheim ist die L 182, Rankenberg in Richtung Heimerzheim, grundhaft erneuert wor-

den. Die Instandsetzung der L 192 in Richtung Schloss Eichholz schloss daran an.

Dafür habe ich ebenso gekämpft wie für das jetzt zugesagte Nachrücken des DB-Bahnhofs Roisdorf in die Modernisierungsoffensive 3 von Bund, Land und Deutscher Bahn. Zu der barrierefreien Neugestaltung soll die Mobilstation dazukommen: Ladesäulen für Elektroautos, eine Radstation. Ohne den Einsatz der Bornheimer CDU wären viele Fortschritte nicht erzielt, nachhaltige Perspektiven nicht in Sicht gebracht worden. Das gilt besonders für den ÖPNV, mit den Angebotsverbesserungen auf den Linien 16 und 18, aber gleichfalls für die Entwicklung der Radwege. An der L 300, Widdig und Hersel, oder an der L 182: Wir müssen bei der Mobilitätswende den Druck noch erhöhen.

Die Gesellschaft der Zukunft wird von Menschen gebaut: vom Handwerk und von Computerspezialisten, von Müttern und Vätern, Einzelhändlern und Krankenschwestern, von Hilfskräften, Beamtinnen und Beamten – von allen, die es gut meinen mit unserem Land. Aus dem Vorwärtsdrang der Jugend und dem Augenmaß späterer Lebensjahre wird neuer Fortschritt. Die gute Konjunktur vor der Pandemie und das Maßhalten haben Kraft gegeben. Pro Jahr stehen für die KiTas 750 Millionen Euro zusätzlich bereit. Ein zweites KiTa-Jahr beitragsfrei, die Beitragsfreistellung des dritten Jahres programmiert. Im offenen Ganztags sind seit 2017 rund 55.000 Plätze geschaffen worden. Der Bildungsetat ist seither um 3,1 Milliarden Euro gewachsen.

In Merten hat die Heinrich-Böll-Gesamtschule eröffnet, in Heimerzheim die Gesamtschule am Blütenweg. An den Gymnasien wurde der jahrelange Streit um G 8 oder G 9 beendet. Für die Aufholjagd bei der Digitalisierung stellt der Landeshauhalt Rekordsummen zur Verfügung. Die Gigabitversorgung für Privathaushalte wurde versiebenfacht, die Glasfaser in Gewerbegebieten verdoppelt, in Schulen vervierfacht. In die Krankenhäuser Nordrhein-Westfalens sind, Stand 2022, zwei Milliarden Euro mehr investiert worden als in der Zeit der Vorgängerregierung.

Das Landesförderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ kommt in unseren Ortschaften an. Die Wohnraumförderung war zwischen 2011 und 2016 im Schnitt mit 680 Millionen Euro im Jahr ausgestattet – jetzt haben die Fördermittel ein Volumen von 1,3 Milliarden Euro. NRW hat große Schritte zu einer solidarischen Chancengesellschaft zurückgelegt. Aus dem vormaligen Gegeneinander von Land und kommunaler Familie ist enge Partnerschaft geworden. Unsere Landwirtinnen und Landwirte sind beste Experten im ländlichen Raum. Und ebenso in der Forstwirtschaft: Auf ihren Rat sind wir angewiesen. Heute stehen Wasserkoooperation und Vertragsnaturschutz an der Stelle früherer Maßregelung, die von Düsseldorf aus bis ins kleinste Detail reguliert hat.

Wir werden auf Dauer nur gut leben, wenn wir solidarisch leben

Politik aus christlicher Verantwortung setzt ihr Vertrauen in die persönliche Sinnerfahrung, Sorge für sich selbst und für die Mitmenschen zu tragen – und Verantwortung zu übernehmen für die Welt, die uns erhält. Sie steht in dem Dienst, Hindernisse zu überwinden, die dem menschlichen Handeln in geistiger Freiheit, persönlicher Unabhängigkeit und selbständiger Entscheidung entgegenstehen. Wo eigene Kräfte nicht reichen, steht die Gemeinschaft in der Verantwortung, solidarisch zu helfen.

Die Erfolge in den letzten fünf Jahren dürfen nicht über die großen Aufgaben und über Zukurzgekommenes hinweg täuschen. Nur als Beispiele: Die Klima- und Verkehrswende braucht noch mehr Tempo. Kollektive Sicherheit ist neu zu denken. Respekt und gegenseitige Wertschätzung sind Leitmarkierung eines guten Miteinanders: Gerade



die Erfahrung älterer Mitmenschen, auf die wir so angewiesen sind, hat noch nicht die gesellschaftspolitische Anerkennung, die ihr gebührt. Lohnentwicklungen entgelten Verdienste ungleichmäßig. Unser Wald braucht weitere Hilfe. Flächenreserven sind knapp: für das Gewerbe

ebenso wie für eine nachfragegerechte Wohnungsbauentwicklung, die Quadratmeter gut, nachhaltig und bezahlbar gestaltet. Auch hier gilt: kein staatliches Programm kann die privaten Investitionen ersetzen, die gebraucht werden.



Meine große Bitte ist, auch im Bekanntenkreis auf den richtungsweisenden Charakter der Landtagswahl am 15. Mai 2022 hinzuweisen. Eine Politik, die auf egoistische Selbstverwirklichung setzt und immer neue Abhängigkeiten weckt, macht unsere Gesellschaft unsolidarisch. Leidtragende sind zuerst unsere Kinder und Senioren.

Gerade die aktuellen Herausforderungen infolge der Pandemie, nach der Hochwasserkatastrophe und nun durch einen unsäglichen Krieg in Europa zeigen, dass Politik dem Gemeinsinn Vertrauen und Energie geben muss. Ohne ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement geht es nicht. Herzlichen Dank für diesen tollen Einsatz und aktuell für die Willkommenskultur für Zufluchtsuchende!



DIE LEHREN AUS DEN VERWERFUNGEN IN DER ENERGIEVERSORGUNG

VON SEBASTIAN KUHL

Seit Monaten kennen die Energiepreise nur eine Richtung – nach oben. Dabei haben wir in Deutschland im Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn bereits enorm hohe Energiepreise. So war es fast schon Gewohnheit, dass Ende November vom Energieversorger die Energiepreise erhöht wurden. Grund waren aber weniger die Kosten für die Beschaffung der Energie, sondern -insbesondere im Strom- die immer weiter steigenden Umlagen und Steuern (v.a. die EEG-Umlage). Die Erzeugungspreise fielen in den letzten Jahren sogar tendenziell, wodurch Preiserhöhungen eher gedämpft wurden.

So hatte sich die Kilowattstunde Strom auf ein Niveau von 6 Cent/kWh eingependelt, ehe der Preis deutlich bis Ende des Jahres 2021 auf 14 Cent stieg! Mit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine stieg der Preis von rund 14 auf fast 19 Cent. Gründe sind zum einen geringere Erzeugungskapazitäten (Ausstieg Kernenergie, Kohlekraftwerke), höhere CO₂ Preise und -vor allem zum Ende des Jahres- deutlich gestiegene Erdgaspreise aufgrund der bekannten Aktivitäten aus Moskau. Die Gaspreise haben sich im gleichen Zeitraum von Sommer 2021 bis März 2022 sogar vervierfacht (2 Cent/kWh im Sommer 2021 auf über 8 Cent/kWh im März 2022). Und wenn die Erdgaspreise deutlich steigen, benötigen die Gaskraftwerke entsprechende höhere Strompreise, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Dies führt dazu, dass der Strom auch vom Gaspreis getrieben ist.

Das Ergebnis ist, dass insbesondere die Energieversorger hiermit Probleme bekamen und bekommen, die sich sehr kurzfristig mit Energie eindecken. Bei fallenden Beschaffungsmärkten konnten diese zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses Energie sehr günstig anbieten, da man in einem fallenden Markt diese Mengen sehr günstig beschaffen konnte. Etablierte (v.a. kommunale) Energieversorger agieren hier deutlich risikoaverser und deckten meist über drei Jahre scheinbar die Mengen ein, um die Preise für die Kunden stabil zu halten.

Wenn nun aber die Märkte massiv steigen, können diese Preise nicht mehr gehalten werden und die Energiediscounter stoßen Ihre Kunden ab oder gehen direkt in die Insolvenz. So auch in diesem Winter geschehen. Kunden werden aufgrund der gesetzlichen Regelungen (GVV) dann von den Grundversorgern (in Bornheim RheinEnergie im Strom und e-regio im Gas) in die „Grund- und Ersatzversorgung“ übernommen. Die Energiemengen dieser neuen unerwarteten Kunden wurden natürlich im Vorfeld nicht langfristig beschafft und müssen zu den hohen Preisen nachbeschafft werden, wodurch die Grundversorger zwei Möglichkeiten haben. Entweder für alle grundversorgten Kunden

die Preise erhöhen und damit die Kosten solidarisieren bzw. von den treuen Bestandskunden querfinanzieren lassen oder für diese neuen, grundversorgten Kunden einen neuen, deutlich teureren Grundversorgungstarif (Tarifsplitting) schaffen. Für die zweite Möglichkeit haben sich viele (auch die beiden Bornheimer Grundversorger) entschieden.

MEIN KOMMENTAR:

Wie ich finde richtigerweise, um die Bestandskunden zu schützen.

Blamiert waren nun aber die Verbraucherzentralen die in der Vergangenheit gebetsmühlenartig den Bürgern empfohlen haben, ständig von den „teuren“ Grundversorgern zu den vermeintlich günstigen neuen Discount-Anbietern zu wechseln.

Was kann die (Kommunal-) politik nun tun?

Die Krise hat gezeigt, dass insbesondere die kommunalen Energieversorger verlässliche Partner waren und sind. Insofern ist es gut, dass die Stadt Bornheim, wenn auch nur mit einem kleinen Anteil, an der e-regio als Gesellschafterin beteiligt ist. Nicht nur dass die Beteiligung der Stadt jährlich einen Ertrag für den städtischen Haushalt einbringt. Mit Ihrer Beteiligung kann die Stadt gemeinsam mit den anderen kommunalen Gesellschaftern (Stadt und Kreis Euskirchen, Stadt Rheinbach etc.) Ihren Einfluss im Sinne Ihrer Bürger, den Unternehmen und nicht zuletzt auch den Vereinen, die durch das regionale Engagement profitieren, geltend machen. Zudem hat sich die CDU bei der letzten Vergabe der Konzessionen dafür stark gemacht, die Versorgungsnetze (Strom, Gas, Wasser) teilweise zu kommunalisieren. So wurden gemeinsam mit e-regio die „Gasnetz Bornheim GmbH & Co. KG“ und mit der RheinEnergie die „Stromnetz Bornheim GmbH & Co. KG“ gegründet. Die Stadt hält jeweils 51 % der Anteile an den beiden Gesellschaften und ist damit Miteigentümerin der Bornheimer Energieversorgungsnetze. Auch hierdurch werden zusätzliche Gewinne erwirtschaftet, die in den städtischen Haushalt fließen. Zudem hat sich dadurch nochmals der Einfluss auf die Bornheimer Energieversorgungsinfrastruktur erhöht.

Ergänzend muss nun aber auch auf Ebene der Bundespolitik reagiert werden. Zum 01.07.2022 soll die EEG Umlage entfallen (3,723 Cent/kWh zzgl. USt.) aber auch über andere Steuern wie die Höhe der Stromsteuer (2,05 Cent/kWh zzgl. USt.) oder die Reduzierung der Umsatzsteuer sollte nachgedacht werden, um die Belastung zu senken. Eine entsprechende Initiative wurde unlängst seitens der CDU NRW über den Bundesrat in die Wege geleitet.

Lokale Energieversorgung

Ein bis dato sicherlich von allen unterschätztes Risiko sind jedoch unsere hohen Energieimporte. Mangels eigener großer Rohstoffvorkommen wurden und wird zur Deckung unseres Primärenergieverbrauchs von rund 12.193 Petajoule (3,387 TWh) ein Großteil (v. a. Erdgas) importiert. Was hierzu speziell in Bornheim (von der CDU) getan wurde/wird lesen Sie im zweiten Teil im nächsten Blickpunkt...